

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Voraus, bei Zahlung durch die Boten 2,50 Mk., bei Geldüberweisung 3 Mk. einschließlich Abzug. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Goldboten und andere Zusendungen zu jeder Zeit entgegenzunehmen. In Fälle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung des Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingegangener Briefe erfolgt nur, wenn Vorkost beibringt.

Witzpreis: Die 2-spaltige Nummer 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2-spaltige Reklameweile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachdruckgebühren 20 Goldpfennig. Sonstige und Witzpreise nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben werden alle Verantwortlichen entgegen.

Nr. 72. — 84. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, 26. März 1925

## Englands ägyptische Wunde.

Nur zehn Stunden hat das neue ägyptische Parlament gelebt; in dramatischer Form wurde es dann durch den derzeitigen Ministerpräsidenten aufgelöst, weil es Bagdad Pascha zu seinem Vorkandidaten gewählt hatte. Die schärfsten Terrorisierungsmethoden der Engländer selbst sowie der ihnen zu Diensten stehenden Partei des jetzigen Ministerpräsidenten Sir War Pascha haben nichts genutzt; die nationalistische Opposition unter Zagul hatte die erforderliche Mehrheit der Sitze im neuen Parlament. Schon die Wahl Bagdads war eine mehr als deutliche Abjuration an die Person und Politik des englandfreundlichen Sir War. Selbstverständlich werden die Engländer jetzt versuchen, überhaupt ohne Parlament in Ägypten zu regieren, weil sie wissen, daß Neuwahlen kein anderes Resultat zeitigen würden, ein neues Parlament genau dasselbe Aussehen haben würde wie das jetzt auseinandergegangene. Also eine dauernde Krise von vorläufig noch nicht absehbarer Dauer; das einigermassen erträgliche Verhältnis, das sich zwischen den Engländern und den Ägyptern unter der Ministerpräsidentenschaft Bagdads herausgebildet hatte, scheint endgültig zertrümmert zu sein. Die Ermordung des Sirdars, des englischen Oberbefehlshabers der englischen Truppen in Ägypten, sprach eine harte Sprache.

Dabei können die Engländer ein unruhiges Ägypten jetzt weniger gebrauchen denn je. Ihre gesamte Araberpolitik ist zusammengebrochen, der englandfreundliche König Hussein von Hedschas hat aus Mekka flüchten müssen, und sein Gegner Ibn Saud hat sogar schon die Hafenstadt von Meda, Dajiddah, besetzt, steht also an der Spitze des roten Meeres. Das der Verbindung mit den ägyptischen Nationalisten hat, ist ganz zweifellos. Und durch ihn kann das Gefährlichste duragesührt werden, was es für die Engländer in Ägypten geben kann, nämlich die Bewaffung der Ägypter. Eine kurze Seefahrt von ein paar Stunden bringt Waffenschmuggler über das rote Meer hinweg an die ägyptische Küste.

Wie völlig die englische Politik in Vorderasien zusammengebrochen ist, geht auch daraus hervor, daß der Sohn des Königs Hussein, den die Engländer zum Herrscher des Ost-Jordanlandes gemacht haben, gleichfalls schwer bedroht ist durch die Anhänger Ibn Sauds. Ist es diesen doch gelungen, einen Überfall auf die Hauptstadt des Ost-Jordanlandes Amman zu veranstalten, der ihnen reiche Beute brachte. Außerdem hat sich das Verhältnis der Türkei zu Frankreich wieder verschoben. Der ständige französische Agent in Vorderasien Franklin Bouillon hat sich neue Instruktionen aus Paris geholt und ist mit ostentativer Feierlichkeit in Konstantinopel durch türkische Regierungsvertreter begrüßt worden. Angeblich soll Frankreich bereit sein, mit der Türkei über Grenzverletzungen im Norden Syriens zu verhandeln; die Türkei will nämlich sehr gern den ausgebeuteten Hafen Alexandrette an der syrischen Küste sowie das alte Antiochia wieder zurückerhalten. Wird die türkische Grenze so weit nach Süden verlegt, dann gelangt die Türkei wieder in den Besitz des Stranges der Bagdadbahn, der im Norden von Aleppo nach Osten führt bis in die Gegend von Mossul, am Südrand des armenischen Berglandes entlang. Damit würde die Türkei eine ganz gewaltige, auch militärische Stärkung erfahren, was den Engländern hinsichtlich ihrer Pläne im nord-mesopotamischen Petroleumgebiet ganz außerordentlich unangenehm sein würde. Außerdem würde die dritte englische Gründung in Vorderasien, nämlich das Königtum Irak, also Mesopotamien, schwer bedroht sein, und zwar vom Norden her ebenso, wie es von Ibn Saud im Westen bedroht ist. Vielleicht sieht man übrigens vor einem radikalen Wechsel der gesamten englischen Politik in Vorderasien bzw. Ägypten. Das scheint nämlich daraus hervorzugehen, daß die Engländer in Palästina ihre zionistenfreundliche Politik nicht mehr mit der Wärme fortführen, mit der sie das zionistische Programm durch die Balfour-Erklärung von 1915 aufgenommen hatten. Der Zustrom von Kapital nach Ägypten ist zum größten Teil verneigt, und die großen Elektrifizierungspläne, die man unter Ausnutzung der Wasserkraft hat in Angriff nehmen wollen, müssen zurückgestellt werden. Ebenso ist die jüdische Einwanderung nach Palästina sehr stark zurückgegangen, weil sich die großen Hoffnungen, die man in zionistischen Kreisen an ein wiedererwachsendes Palästina geknüpft hatte, sich nicht so schnell in die Wirklichkeit umsetzen ließen. England steht den zionistischen Wünschen jetzt ausfallend feind gegenüber und bemüht sich neuerdings, den jüdisch-arabischen Konflikt gegenüber eine neutrale oder gleichgültige Haltung einzunehmen.

Die ganze englische Politik in Vorderasien und Nordafrika fährt auf einem solchen Gleis, seit es nicht gelungen ist, die Türkei völlig zu zerschlagen. Jetzt haben alle unruhigen Elemente doch immer in Bagdad ihren Rückhalt und der englische Versuch, den Türken durch den Kurdenaufstand Schwierigkeiten zu bereiten, ist schon längst wieder gescheitert. Dazu nun der offene Konflikt mit den Ägyptern — kurz, vielleicht wird man in London nun doch anfangen, nachdenklich zu werden.

## Polen gegen jede Erörterung der Revision seiner Landesgrenzen.

### Erörterung bedeute Krieg!

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“  
Warschau, 25. März. Der Außenminister Strapski erklärte gestern vor dem Auswärtigen Ausschuss des Landtages die internationale Lage mit besonderer Berücksichtigung der Sicherheits- und Garantiefrage. Der geplante Garantiepakt garantiere die Unverletzlichkeit der Westgrenzen, was aber die deutsche Ostgrenze anbelangt, so behält sich der Plan die Möglichkeit einer friedlichen Aenderung vor. Polen könne aber unter keinen Bedingungen eine Erörterung über die Revision seiner Landesgrenzen zulassen. Er habe sich in Paris überzeugt, daß die Stellung der französischen Regierung deutlich und klar sei. Ebenso habe ihm Chamberlain versichert, daß die englische Regierung keinerlei Revisionspläne aufkommen lassen werde. Die konservative englische Regierung wisse, daß die Erörterung über die Grenzen einen Krieg herausbeschwören müsse. Der Standpunkt Polens in dieser Frage sei so, daß Polen auf dem Boden der Verhältnisse stehe und niemals zulassen könne, daß auch nur die Möglichkeit einer Erörterung über seine Grenzen ins Auge gefaßt werde. Polen glaube an die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer Organisation des Friedens, wenn aber Großbritannien mit anderen Vorschlägen und anderen Plänen hervortreten sollte, die, wenn auch in anderer Form, ebenso zur Sicherung des Friedens beitragen, so sei Polen, ebenso wie Frankreich und die anderen Staaten, bereit, alle diese Vorschläge zu prüfen. Polen könne und wolle nicht zweifeln an der Heiligkeit seiner Rechte und an der Loyalität des mit ihm verbündeten Frankreichs.

## Auf dem Wege zur Verhängung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“  
Berlin, 25. März. In Berliner politischen Kreisen verlaute, daß die englische Regierung in der Wilhelmstraße habe offiziell anfragen lassen, ob die deutsche Reichsregierung bereit sei, ihren an die Ententemächte gerichteten Garantieangebot die Form eines konkreten und genauen Vorschlags zu geben, da Herrick sich bereit erklärt habe, einen solchen Vorschlag ernsthaft zu prüfen. Der Besuch des englischen Vorkonferenzen im Auswärtigen Amt dauerte über eine halbe Stunde.

## Staatskapitalismus.

(Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter)  
Nicht nur das Studium der recht unerschöpflichen wirtschaftsvorhistorischen, sondern auch eigene Erfahrungen regen uns an, über die Frage nachzudenken, ob „Staatskapitalismus“ ein erstrebenswertes Ziel sei oder nicht. Was ist Staatskapitalismus? Allgemein verheißt man darunter die Betätigung öffentlicher Organe (Reich, Staat oder Gemeinde) als Unternehmer, und zwar zum Zweck der Gewinnerzielung. Reichsbahn, Reichspost und auch wohl die gemeindlichen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke legenden nicht eigentlich die Erzielung von Gewinnen. Sie sollen der gewinnlosen und billigen Befriedigung allgemeiner wirtschaftlicher Bedürfnisse der Bürger dienen. Erst durch das Dawes-Programm sind wir gezwungen worden, die Reichsbahn „kapitalistisch“, d. h. zum Zweck der Gewinnerzielung, zu betreiben. — Staatskapitalistisch sind vielmehr solche Betriebe, bei denen der Staat oder ein anderes öffentliches Organ, neben Privaten und auch in Konkurrenz zu ihnen als Produzent auftritt. In der Öffentlichkeit wird ein lebhafter Meinungskampf darüber ausgefochten, ob der Staatskapitalismus im allgemeinen oder unter den derzeitigen besonderen Verhältnissen lebensfähig ist. Von der Kriegszeit her verüßt das Reich über eine große Anzahl von Betrieben, die früher Waffen, Munition und Heeresausstattungsstoffe erzeugt haben. Viele zum früheren Reichsministerum gehörenden Betriebe sind zwecks besserer Ausnutzung in ein großes Unternehmen vereinigt worden, das den Namen „Deutsche Werke“ führt. Es handelt sich hierbei um große Anlagen z. B. in Spandau, Rüttingen (bei Wilhelmshaven), München, Walsgang (bei Hanau) usw. Im Laufe der Jahre hat die Leitung der Deutschen Werke eine ganze Reihe dieser Betriebe stilllegen müssen, um wenigstens einige von ihnen nutzbringend verwerten zu können. Die

## Fürsorge für die Ruhrvertriebenen.

Anordnungen des Reichsministers Frentzen.  
Der Minister für die besetzten Gebiete Frentzen hat zur Verwertung der im Ruhrgebiet freigewordenen Wohnungseinrichtungen längere Anordnungen ergehen lassen, denen zu entnehmen ist:  
Flüchtlinge, Ausgewiesene, Hochwassergeschädigte und Quartiergeber gelten bei nachgewiesenem Bedürfnis oder Notstand als vorzugsberechtigte Käufer. Auf die sonst bei Teilzahlungen beizubringende Bürgschaft kann bei Flüchtlingen und Ausgewiesenen unter sonst sicheren Verhältnissen verzichtet werden. Die Notwendigkeit, diesen Geschädigten bei vorliegendem Bedürfnis zu helfen, geht selbstverständlich der Wahrung der wirtschaftlichen Belange von Möbelhandel und Industrie voran.  
Wünschenswert ist ferner eine stärkere Berücksichtigung der ärmeren Volksschicht. Bei Versteigerungen werden diese minderbemittelten Bewerber in der Regel durch zahlungsfähigere Käufer ausgeschaltet werden. Städten und Gewerkschaften ist deshalb anzuzurufen, durch ihre Wohlfahrtsämter und Wohlfahrtsvereinigungen größere Mengen von Gebrauchsgegenständen vorzugsweise zu erwerben und an die Bedürftigen weiterzugeben.

## Ausföhrungen der Besatzungsstruppen.

740 Personen verletzt.  
Dem Reichstage ist eine dritte Denkschrift über die Ausföhrungen der Besatzungsstruppen im besetzten Gebiet zugegangen, die im Januar 1925 abgeschlossen ist. Im allgemeinen sind nur die wichtigsten Fälle aufgenommen worden. Die tatsächlich vorgekommene Zahl der Ausföhrungen ist erheblich größer. Als Beispiel werden die im Ruhrgebiet besatzungswortorden Verletzungen an Leib und Leben erwähnt. Danach sind in der Zeit vom 11. Januar 1923 bis 1. August 1924 durch Mißhandlungen oder Maßnahmen der Besatzungsstruppen insgesamt 740 Personen körperlich verletzt worden, davon 137 tödlich, und zwar 30 durch Schußverletzungen auf Grund eines Willküraktes, 60 durch Schüsse von Wachtposten oder Patrouillen, 39 durch Kraftwagen, Fuhrwerke oder andere Unfälle und 8 durch Mißhandlungen. Unter den 137 Getöteten war eine große Anzahl Familienväter und Ernährer von Familienangehörigen. Dabei kommt noch in Betracht, daß ein erheblicher Teil der Fälle überhaupt nicht zur Kenntnis der Behörden gelangt, weil Verletzte aus Angst vor Bestrafungsmaßnahmen der Besatzungsangehörigen oder aus Scham keine Anzeige erstatten.

## Zahl der beschäftigten Arbeiter ist auf einen Bruchteil des früheren Bestandes verringert worden.

Trotzdem sind die Deutschen Werke nicht auf einen grünen Zweig gekommen. Sie haben wiederholt Geldunterstützungen und Darlehen vom Reich in Anspruch nehmen müssen, um überhaupt weiterbestehen zu können. Jetzt ist aufs neue die Frage aufgetaucht, ob die Betriebe der Deutschen Werke weiter wie bisher mit Unterstützung arbeiten und die Reichskasse belasten sollen, oder ob man sie nicht lieber zur privaten Ausnutzung freigibt. Der große Fehler, der gemacht worden ist, liegt darin, daß zuviel totcr Apparat mitgeschleppt wurde. Das Reich hätte von Anfang an der privaten Ausnutzung alle diejenigen Betriebe überlassen müssen, deren nutzbringender Weiterbetrieb nicht mit einiger Wahrscheinlichkeit vorauszusetzen war. Zumindestens muß das Verfallene jetzt schleunigst nachgeholt und staatskapitalistischer Betätigung alles Las entzogen werden, was nur in den Händen besonders fähiger Privatpersonen wieder zu einem nützlichen Glied in der deutschen Produktion gemacht werden kann.

## Die Berufungsverhandlung in Magdeburg

(12. Verhandlungstag) § Magdeburg, 24. März.  
Im Verlauf der gestrigen Verhandlung kam nochmals der Streit in Aiel zur Sprache. Einige Zeugen erklärten, daß die S. B. D. alles getan habe, um den Streit zu einem schnellen Ende zu führen. Im Gegensatz hierzu sagte der Zeuge Förber, daß die S. B. D. den Streit geleitet habe, und daß in einer Versammlung auf eine Frage geantwortet worden sei, daß man den Gestaltungsbelehren nicht zu folgen brauche. Es entsann sich dann zwischen den Staatsanwälten und den Verteidigern ein Streit um die Glaubwürdigkeit des früheren sozialdemokratischen Abgeordneten David John, den die Verteidigung als Zeugen gegen die Glaubwürdigkeit Scheidemanns haben will. Dieser Streit wurde zu Beginn der heutigen Verhandlung fortgesetzt. Die Ver-